

**„Umdenken jetzt – Gemeinsam gegen die Krise“
Regensburger Erklärung
der Arbeitnehmersvizepräsidentinnen und -vizepräsidenten vom 01.10.2022**

Die Herbsttagung der Arbeitnehmersvizepräsidentinnen und Arbeitnehmersvizepräsidenten in Regensburg fand vor dem Hintergrund der Sorgen um die Auswirkungen der multiplen auf Beschäftigte, Handwerk und Gesellschaft einwirkende Krisen statt. Zugespitzt aktuell durch den Ukraine-Krieg und die dadurch ausgelöste Energiekrise. Die Energiekosten haben sich mehr als verdoppelt, eine Situation, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für viele Handwerksbetriebe zur Existenzfrage wird. Beschäftigte und Betriebe leiden unter der Inflation und explodierenden Energie-, Rohstoff- und Materialpreisen. Handwerksbetriebe, die einen hohen Energiebedarf haben, wissen oft nicht, wie es weitergehen soll, auch haben sie keine Planungssicherheiten. Die beschlossenen Entlastungspakete sind ein Schritt in die richtige Richtung. Nun kommt es darauf an, dass die Entlastungen auch bei Beschäftigten und Handwerksbetrieben ankommen

Gleichzeitig steht das Handwerk mitten in einem Transformationsprozess, der durch drei wesentliche Faktoren bestimmt wird – demografischer Wandel, Digitalisierung und die Transformation zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft.

Der Fachkräftemangel ist in allen Branchen angekommen. Ausbildungsplätze wie auch ausgeschriebenen Stellen für Gesellinnen und Gesellen bleiben unbesetzt, daran ändert auch die Imagekampagne wenig. Der Fachkräftebedarf steigt seit Jahren stetig, mittlerweile wirken sich die fehlenden Fachkräfte auch auf die Umsatz- und Renditeerwartungen von Handwerksbetrieben quer durch die Gewerke aus. Betriebe lehnen Aufträge ab, weil ihnen Fachkräfte zur Umsetzung fehlen. Jetzt muss das Handwerk zeigen, dass es ihm gelingt, Fachkräften eine Perspektive zu bieten. Beschäftigte im Handwerk wünschen sich Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geregelte Arbeitszeiten, Entwicklungsperspektiven und ein Einkommen, mit dem sie sich nicht vor der Rente sorgen müssen. Wir brauchen keine Debatte ums Bürgergeld, sondern eine ernsthafte Fachkräftebindungsoffensive!

Die Arbeitnehmersvizepräsidentinnen und Arbeitnehmersvizepräsidenten setzen sich für gute Arbeitsbedingungen und einen gerechten Lohn ein. In der Stärkung der Tarifbindung sehen die Arbeitnehmersvizepräsidentinnen und Arbeitnehmersvizepräsidenten einen zentralen Baustein der Fachkräftesicherung und Fachkräftebindung zur Zukunft des Handwerks. Davon profitieren auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, da der Wettbewerb somit nicht mehr über den niedrigsten Lohn ausgetragen wird. Die Ausgestaltung des gesetzlichen Mindestlohns und der Branchenmindestlöhne sowie deren Kontrolle müssen verbessert werden. Im Handwerk erfüllen die Innungen die Aufgabe als Tarifpartner der Gewerkschaften. Daraus ergeben sich besondere Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung und die Leistungsfähigkeit von Innungen. Die Stärkung der Tarifbindung ist auch elementare Voraussetzung für die Umsetzung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Bundesländern und Regionen. Hierzu bedarf es einer Revitalisierung der handwerklichen Sozialpartnerschaft.

Es braucht auch über die Handwerksordnung hinaus eine Anstrengung des Gesetzgebers, um die Tarifbindung zu stärken. Unter anderem könnte dies über eine Verbesserung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und über ein Bundestariftreuegesetz geschehen. Wer Aufträge vom Staat erhält, muss tarifgebunden sein, ausbilden und ein Weiterbildungskonzept für die Beschäftigten besitzen.

In Deutschland leben aktuell 2,3 Mio. junge Menschen ohne Berufsausbildung. Neben der Gewinnung und Bindung von Arbeitskräften ist daher eine weitere Herausforderung deren Qualifizierung. In der aktuellen Debatte wird der Begriff „Fachkräfte“ oft synonym mit „Arbeitskräfte“ verwandt. Jemand, der eine 10 Wochen-Schnell-Schulung macht, ist jedoch keine Fachkraft. Es ist die qualifizierte Berufsausbildung, die eine Arbeitskraft zur Fachkraft macht. Denn erst mit einer anerkannten Berufsausbildung haben Beschäftigte die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit nötigen beruflichen Handlungskompetenzen erworben.

Damit die Transformation im Sinne der Handwerksbetriebe und ihrer mehr als 5,4 Millionen Beschäftigten gelingen kann, müssen Unternehmen im Handwerk eine neue Kultur der Aus- sowie der Fort- und Weiterbildung entwickeln und somit Perspektiven bieten. Volle Auftragsbücher führen in vielen Handwerksbetrieben dazu, die Herausforderung der Fachkräftequalifizierung fehleinzuschätzen.

Sozialpartner, Kammern und die Politik müssen hier aktiv werden, um auf die besonderen Strukturen des Handwerks angepasste Lösungen für diese Zukunftsfragen zu entwickeln. Daher ist es von herausragender Bedeutung, Fehlanreize insbesondere bei der Fördermittelvergabe zu vermeiden. Die Förderung muss an Qualitätskriterien und an Tariftreue gebunden werden. Darüber hinaus muss der Förderrahmen verlässlich ausgestaltet werden, damit Fördermittelnahmer, Betriebe und Beschäftigte Planungssicherheit haben. Bei etwaigen Initiativen seitens der Bundesregierung sollten die Sozialpartner sowie vorhandene gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien mit einbezogen werden.

Beteiligung zu schaffen und den Interessen des Handwerks eine Stimme gegenüber der Politik zu verleihen ist eine zentrale Aufgabe der demokratischen Selbstverwaltung des Handwerks. Was die Transformation für Betriebe, ihre Beschäftigten und auch für die Selbstverwaltung selbst bedeutet, muss in einem **Zukunftsdialog Handwerk** mit regionalen und branchenorientierten Dialogformaten betrachtet werden. Hier müssen Antworten für die praktischen Fragen der Transformation entwickelt werden.

Anstehende Herausforderungen sind vielschichtig! Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind bereit Sie anzugehen! Als Arbeitnehmervizepräsidentinnen und Arbeitnehmervizepräsidenten bringen wir uns in die Debatte ein. Wir stellen uns ausdrücklich gegen den Versuch einzelner Stimmen aus dem Handwerk, rechter Parteien und Organisationen, Zukunftsängste für populistische Zwecke zu missbrauchen. Das Handwerk steht, wie beschrieben vor langfristigen Herausforderungen. Kurzfristige Entlastungsmaßnahmen sind wichtig, darüber hinaus ist das Handwerk mittel- und langfristig für die Zukunft zu stärken. Der demografische Wandel, der Klimawandel, die Energiewende und die Digitalisierung bringen massive strukturelle Veränderungen im Handwerk mit sich. Diese zu gestalten ist die gemeinsame Verantwortung von Arbeitgeber- wie auch der Arbeitnehmerseite. Voraussetzung hierfür ist ein offener Dialog und eine von gegenseitigem Respekt getragene Streit- und Diskussionskultur.



Joachim Noll
Arbeitnehmer Vizepräsident
DHKT



Stefan Cibis
Vorstand
DHKT



Kathrin Zellner
Ausschuss Gewerbeförderung
DHKT



Peter Becker
Ausschuss Berufliche Bildung
DHKT